

## Die Ratssitzung am 10.09.2020



Die 62. und damit letzte Sitzung des Kölner Rates in dieser Wahlperiode fand zum ersten Mal seit Beginn der Corona-Pandemie wieder im Ratssaal statt – wenn auch unter außergewöhnlichen Bedingungen mit außergewöhnlichen Aussichten. Jeder Sitzplatz sowie das Redepult waren in Plexiglas umhüllt und nach jedem Redebeitrag schallte ein „Desinfizieren nicht vergessen“ durch den Saal.

Doch auch inhaltlich hatte die Sitzung einiges zu bieten. Mit 13 Initiativanträgen der Fraktionen war deutlich, dass auch der Wahlkampf sich langsam dem Höhepunkt nähert. Auch die Anzahl der Redebeiträge machten die unterschiedlichen Ansichten der Fraktionen noch einmal deutlich. Einer der wichtigsten Anträge war sicherlich die Beerdigung der Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg. Darüber hinaus wurden noch etliche weitere Beschlüsse zum Thema Verkehr beschlossen.

Zu Beginn der Sitzung dankte Henriette Reker allen ausscheidenden Ratsmitgliedern und ganz besonders Jörg Frank als dienstältestem Mitglied. Wir schließen uns diesem Dank an und möchten uns bei allen Ratsmitgliedern, die nicht wieder kandidieren, von ganzem Herzen für die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre danken.

Danke [Jörg Frank](#) (Finanzausschuss, Wirtschaftsausschuss, Liegenschaftsausschuss)

Danke [Frank Hauser](#) (Ausschuss für Anregungen und Beschwerde, Ausschuss für Soziales und Senioren)

Danke [Birgitt Killersreiter](#) (Ausschuss für Anregungen und Beschwerde, Ausschuss für allgemeine Verwaltung)

Danke [Luisa Schwab](#) (Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Soziales und Senioren, Rechnungsprüfungsausschuss)

Danke [Elisabeth Thelen](#) (Wirtschaftsausschuss, Sportausschuss)

Danke [Horst Thelen](#) (Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, Schulausschuss)

Danke [Firat Yurtsever](#) (Integrationsrat, Sportausschuss)

Alle weiteren wichtigen Entscheidungen findet ihr im untenstehenden Ratsreport.

### **Aktuelle Stunde betreffend "Vergütung von Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte"**



Auf [Antrag](#) der Oberbürgermeisterin wurde zu Beginn der Ratssitzung über das Thema „Vergütung von Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte“ heftig gestritten. Die unsäglichen Angriffe der SPD gegen die Verwaltung und der konstruierte Vorwurf der systemischen Untreue wurden von allen anderen demokratischen Fraktionen zurückgewiesen. Da sich der

Rechnungsprüfungsausschuss zwei Tage vorher schon ausführlich mit den bekannten Fällen beschäftigt hatte und die Verwaltung um Aufklärung gebeten hat, konnte die Aktuelle Stunde mit dem Verweis an die Verwaltung für beendet erklärt werden. Der neue Rat wird sich hiermit weiter beschäftigen und feststellen, wie wenig letztendlich an den Vorwürfen der SPD

dran ist. Spannend wird hierbei dann auch sein, ob Verfehlungen aufgedeckt werden, an denen die seinerzeitige SPD-Regierung beteiligt war.

### **Antrag** der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Verbesserung und Ergänzung der rechtsrheinischen Stadtbahnanbindung"

Zusammen mit der rechtsrheinischen Ringbahn auf der Frankfurter Straße wird ein komplett neues Straßenbahnnetz zu den bestehenden Bahnen auf den Weg gebracht, denn nur so können die Verkehrs- und die Klimawende gelingen.

Konkret soll eine Machbarkeitsstudie erstellt werden, die prüft, ob a) eine Straßenbahn von Flittard / Stammheim - Mülheim Nord - Wiener Platz - Mülheim-Süd über den Bahnhof Deutz / Ottoplatz und weiter zum Deutzer Hafen nach Poll/Porz sowie b) eine Straßenbahn aus dem Rechtsrheinischen über die Severinsbrücke und das Gleisdreieck Poststraße nach Hürth sowie c) eine Straßenbahn von Porz nach Ostheim, Brück oder Neubrück fahren können. Wir sind gespannt.

### **Hubschrauberstation Kalkberg – Endgültiger Baustopp**



Das wichtigste zuerst: Aus dem nicht endgültigen Baustopp für die Hubschrauberbetriebsstation Kalkberg wurde nun ein endgültiger Stopp! Dies wurde mit breiter Mehrheit beschlossen.

Hier noch mal dessen lange Geschichte:

Nach einem Ratsbeschluss von 2005 wurde der Kalkberg als stadtnaher Alternativstandort für eine Rettungshubschrauberstation

vorgesehen.

2011 beschloss der Rat mehrheitlich, auf dem Kalkberg das Luftrettungszentrum für den Rettungshubschrauber zu errichten. Im Juni 2015 wurde bekannt, dass Teile des Fundamentes der sehr weit fertig gestellten Hubschrauberbasisstation um bis zu 7 cm abgesackt sind und es gab Bedenken über die Standfestigkeit des Kalkberges. Der Rat verfügte aufgrund signifikanter Baumängel am 15.12.2015 einen sofortigen Baustopp. Mit Beschluss vom 09.07.2019 bekräftigte der Rat nochmals diesen Beschluss und beauftragt die Verwaltung, konkrete Verhandlungen mit der Flughafen Köln/Bonn und dem Bundesverteidigungsministerium aufzunehmen mit dem Ziel, eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung der Rettungshubschrauber auf dem Flughafengelände, ggf. auch auf dem militärischen Teil, zu erreichen.

In der Mitteilung zum Hauptausschuss am 17.08.2020 teilte die Verwaltung mit, dass sie eine gemeinsame Machbarkeitsstudie mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH zum Alternativstandort Flughafen erstellen wird.

Das Ergebnis, dieser Anträge ist ein erfreuliches – SPD, LINKE und GRÜNE haben das Ende für die Hubschrauberstation beschlossen. Ein guter und wichtiger Schritt, der eine neue und spannende Nutzung der Aufbauten auf dem Kalkberg möglich macht. Sicherlich gibt es bereits einige Ideen aus der Kunst- und Kulturszene sowie seitens der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die sich dort schnell verwirklichen lassen können.

### **Antrag: Konzept für Naturerfahrungsräume prüfen**



Flächen zum Balancieren, Buddeln oder Rennen, zum Tiere Beobachten oder Früchte Naschen – Naturerfahrung ist für Kinder von großem Wert. Gerade in Großstädten sind naturbetonte Freiräume allerdings ein knappes Gut. Mittlerweile erkennen viele Initiativen und Kommunen wie wichtig es ist, dass Menschen Natur erfahren und – im doppelten Wortsinn – begreifen können. Wie sie in ihrem

Wirkungsbereich Naturerfahrungsräume planen, einrichten und dauerhaft betreiben können,

beschreibt ein neuer Leitfaden des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.

In einem von GRÜNEN imitierten [Antrag](#) wurde die Verwaltung nun beauftragt zu prüfen, wie ein solches Konzept für Köln umgesetzt werden kann.

### **Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!"**



Den [SPD-Antrag](#), eine regelmäßige Kölner Armutskonferenz in die Wege zu leiten, haben wir mehrheitlich zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Senioren verwiesen. Der Antrag ignoriert, dass auf GRÜNE Initiative der Rat im Februar 2017 die Erstellung eines sog. [Lebenslagenberichts](#) beschlossen hat. Hierbei wurde ein beteiligungsorientiertes Verfahren umgesetzt, bei dem neben der

Fachverwaltung auch die Vertreterinnen und Vertreter der Politik und der Wohlfahrtsverbände eingeladen wurden und teilgenommen haben.

Außerdem existiert bereits eine große Anzahl an Gremien, die eine vergleichbare Zielsetzung verfolgen, wie z.B. Gremien der Seniorenpolitik, der Wohnungslosenpolitik, Stadtteilkonferenzen, diverse Beiräte und nicht zuletzt auch die politischen Gremien des Rates der Stadt Köln. Der erste Kölner Lebenslagenbericht soll noch in diesem Jahr der Politik vorgestellt werden. Daher sollte die weitere Diskussion im Fachausschuss erfolgen.

### **Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT "Weitere Stärkung der Außengastronomie in Corona-Zeiten"**



Die Corona-Krise trifft viele Branchen hart, so auch die Gastronomie. Daher sind staatliche Hilfen und kommunale Unterstützung weiter notwendig, um ein Überleben der Betriebe zu ermöglichen. Eine vielfältige Gastronomie in Großstädten wie Köln ist für die Versorgung und Lebensqualität essentiell. Da ein Ende der Corona-bedingten Einschränkungen in der Öffentlichkeit nicht absehbar ist, hat nun der

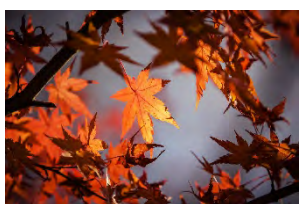
Rat auf GRÜNE Initiative Maßnahmen zur Stärkung der Außengastronomie beschlossen und so für alle Planungssicherheit schaffen. Sie sollen helfen, drohenden Insolvenzen entgegenwirken. Die erweiterte Außengastronomie ist derzeit für den Umsatz der Betriebe entscheidend. Die Maßnahmen nutzen somit den Gastronomen, die weiterhin wirtschaftlich unter der Pandemie leiden und genauso dem Bedürfnis vieler Menschen, in der Corona-Situation ganzjährig die Außengastronomie nutzen zu können. Daher hat der Rat folgende Aufträge auf den Weg gegeben:

- die formlose Verlängerung der Genehmigungen für Außengastronomie - auch auf temporären Erweiterungsflächen - bis zum 31.12.2021, sofern Gastronomie-Betriebe dies beantragen
- Genehmigungen auch für Gastronomie-Betriebe, die bislang keine Außengastronomie betreiben
- Genehmigung weiterer Pop-up-Biergärten von lokalen Gastronomie-Betrieben,
- der Verzicht auf Erhebung von Sondernutzungs- und Bearbeitungsgebühren auch für 2021.

Bereits am 08. Mai 2020 hatte der Wirtschaftsausschuss die Verwaltung beauftragt, zusätzliche Außengastronomie auf Parkplatzflächen zu ermöglichen. Dies war für die Gastronomie erfolgreich und wurde von vielen Gästen begrüßt und genutzt.

Die temporär erweiterte Außengastronomie hat vielen Betrieben bislang das Überleben und damit auch Arbeitsplätze gesichert. Außerdem hat sich praktisch gezeigt, dass die notwendigen Hygiene-Regeln in der Außengastronomie leichter umsetzbar sind als in geschlossenen Räumen. Nun soll die Verwaltung die weiteren Genehmigungen zügig bearbeiten und flexibel entscheiden. Das Ermöglichen muss im Vordergrund stehen.

## 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU



In jüngster Zeit wurden immer wieder Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) - Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter - geschändet bzw. zerstört.

Dies nahm der Landesintegrationsrat NRW zum Anlass, die Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ ins Leben zu rufen. Dabei sollen die Kommunen gebeten werden, einen Erinnerungsort zu errichten, der aus elf neu angepflanzten Bäumen besteht. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU und einem Baum für alle weiteren Opfer rassistischer Gewalt.

Der Integrationsrat Köln ist mit einem [Beschluss am 26.05.2020](#) dieser Kampagne gefolgt, dies wurde [heute dem Rat zur Entscheidung](#) vorgelegt.

Wir haben mit unserem [Änderungsantrag](#) die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer des rechtsradikalen Terrors des NSU“ umgesetzt werden kann.

Durch die Einrichtung des Gedenkortes für die Opfer des NSU setzt Köln als Ort des vielfältigen und friedlichen Zusammenlebens ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

## Sonntagsöffnungen für den Einzelhandel



Der Rat billigte mit breiter Mehrheit eine [sonntägliche Ladenöffnung](#) am 8. November von 13 bis 18 Uhr. Die ursprünglich geplanten vier stadtweiten Sonntagsöffnungen wurden hingegen nicht beschlossen. Ursache dafür ist das jüngste Urteil des OVG Münster, wonach die in vielen Städten beabsichtigten Sonntagsöffnungen auf Basis des aktuellen Erlasses des NRW-Wirtschaftsministeriums rechtswidrig

sind. Damit hat sich erneut ein Erlass der CDU/FPD-Landesregierung als nicht rechtskonform erwiesen. Die Sonntagsöffnungen mit den wirtschaftlichen Belastungen des Einzelhandels durch die Corona-Pandemie zu legitimieren, hielt der gerichtlichen Prüfung nicht stand.

Der stadtweite Tag des Veedels am 8.11. wird nun auf Basis des öffentlichen Interesses gemäß LÖG NRW gebilligt. Die Verwaltung geht davon aus, dass eine mögliche Klage gegen diese Öffnung von ver.di keine Erfolgsaussicht hat.

Die bereits vom Rat am 06.02. beschlossene Sonntagsöffnung für die Rodenkirchener Kunstmeile am 09.09. musste wegen Corona-bedingten Einschränkungen auf den 25.10. verschoben werden. Diese Sonntagsöffnung bestätigte der Rat.

Einige der 18 Sonntagsöffnungen, die der Rat bereits am 6. Februar beschlossen hat, können ebenfalls durchgeführt werden.

Der Einzelhandel erhält durch diese Sonntagsöffnungen die Möglichkeit einer Teilkompensation Corona-bedingter Umsatzausfälle. Aus Sicht der GRÜNEN sind aber solche Sonntagsöffnungen kein ausreichendes Instrument zur Stärkung des Einzelhandels. Die GRÜNEN beurteilen Sonntagsöffnungen danach, ob der grundgesetzlich verbriefte Sonntagsschutz und die höchstrichterliche Rechtsprechung angemessen berücksichtigt werden. Den GRÜNEN ist die sorgfältige Abwägung zwischen Sonntagsschutz und dem Erwerbsinteresse des Einzelhandels wichtig.

Bekanntlich steht das von CDU/FDP im Landtag novellierte Ladenöffnungsgesetz (LÖG) dazu zum Teil im Widerspruch, was den Gewerkschaften immer wieder die erfolgreiche Abwehr von Sonntagsöffnungen durch Gerichtsbeschlüsse ermöglicht.

## Grundsätze kommunaler Unternehmensführung - Fortentwicklung des PCGK



Der Rat billigte gestern den optimierten Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK) mit großer Mehrheit – gegen die Linke. Die Verbesserungen wurden vom Finanzausschuss vorberaten und in einer Arbeitsgruppe der finanzpolitischen Sprecher im Zeitraum von 6 Monaten bearbeitet. Grundlage dafür waren die Handlungsempfehlungen von Professor Papenfuß, einem Spezialisten für Unternehmensgrundsätze und

Compliance.

Am 02.07.2018 hat die grüne Fraktion zusammen mit der CDU die Überprüfung und Optimierung des PCK beschlossen und in Auftrag gegeben – übrigens gegen die Stimmen von SPD und Linke.

Folgende Ziele wurden vorgegeben: Optimierung des Auswahlverfahrens für Vorstände und Geschäftsführungen, wirksame Sperrzeiten-Regelungen, Überprüfung der Kompetenzen von Aufsichtsrats-Ausschüssen, Stärkung des städtischen Beteiligungscontrollings – auch als Unterstützung für die kommunalen Mandatsträger, verpflichtende Fortbildung und Schulung für kommunale Aufsichtsräte.

Wesentliche Änderungen des nun geänderten PCGK sind die verschärften Regelungen für die Geschäftsführungsbestellung, wonach Ausschreibungsverfahren mit Personalberatungsfirmen und präziser Verfahrensdokumentation nun verpflichtet sind. Die Höhe der Vergütung ist durch eine Personalberatung zu bestätigen. Die Stadt erstellt einen jährlichen Vergütungsbericht sämtlicher Geschäftsführungen, der auf der städtischen Internetseite veröffentlicht wird.

Außerdem die verbesserte Transparenz bei Jahresabschlüssen und Darstellung wichtiger Unternehmensdaten im Internet sowie Diversität und Frauenförderung: Ausgewogenheit der Geschlechter sowie der Diversität sowohl im Aufsichtsrat Ziffer als auch bei der Geschäftsführung Ziffer und in den Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung. Die Teilnahme der kommunalen Mandatsträger an Fortbildungen soll zukünftig im jährlichen Bericht des Aufsichtsrats dokumentiert werden. Die Teilnahme an den Grundlagenschulungen zu Beginn der Wahlperiode ist verbindlich.

Die Geschäftsführungen haben für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen - durch Einrichtung eines Compliance Management Systems.

## Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09. / 09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die "Verlängerung der Stadtbahnlinie 7" an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG



Schon im Nahverkehrsplan 2003-2007 stand die Verlängerung der Linie 7 bis zur Ranzeler Straße. Jetzt wird es endlich Zeit, diese auch umzusetzen und dafür ist die KVB die richtige Ansprechpartnerin. Um unserem Ziel, „...Weiterentwicklung (von Stadtvierteln) und ÖPNV zusammen planen...“ gerecht zu werden,

bestärken wir in unserem [Änderungsantrag](#) (mit SPD/CDU/GRÜNE/FDP) den Ratsbeschluss vom 14.11.2017, hier insbesondere die Vorgabe, „...dass eine Bebauung in Zündorf- Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur erfolgen darf.

Außerdem enthält der Beschluss den Auftrag an die KVB, nun zügig in die Realisierung der Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bis Langel einzusteigen, ein weiterer notwendiger Schritt zur Verkehrsentlastung in Porz.

## **Realisierungswettbewerb für die beiden neuen Fuß- und Radwegbrücken über den Rhein auf Höhe des Ubierrings und der Bastei**

Weitere Rheinquerungen für den Radverkehr sind sicherlich ein hehres Ziel, weshalb wir einen Realisierungswettbewerb für die beiden Fuß- und Radwegebrücken unterstützen. Ob die gewählten Standorte die richtigen sind und ob die weitere Anbindung an ein attraktives Fahrradnetz gegeben ist (z. B. müsste in Deutz dazu eine Querung der Messe erlaubt werden), soll nun untersucht werden.

## **Erweiterter Planungsbeschluss rechtsrheinische Fuß- und Radwegerampe an der Hohenzollernbrücke zum Auenweg und Planungsbeschluss zur weiterführenden Fahrradtrasse MesseCity**

Dass die Hohenzollernbrücke nördlich und südlich, westlich und östlich endlich attraktive Fahrradwege bekommt, fordern wir schon lange. Nun scheint es im nord-östlichen Bereich voranzugehen. Damit sich die Attraktivierung wirklich lohnt, haben die Bezirksvertretung 1 und der Verkehrsausschuss auch gleich einen Anschluss an den Auenweg und das Rheinufer beauftragt.

## **Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln**



Auf GRÜNE Initiative haben wir die Gemeinwesenarbeit ab dem Haushalt 2019 um 500.000€ p.a. gestärkt und eine Neuausrichtung mit einem Förderprogramm beauftragt. Zur heutigen Ratssitzung wurde der [Verwaltungsvorschlag](#) zur Umsetzung vorgelegt. Die GWA leistet einen wesentlichen Beitrag für die bedarfsgerechte Umsetzung sozial- und kommunalpolitischer Aufgaben und zur Sicherung demokratischer Verhältnisse. Anders als andere Ansätze

der Sozialen Arbeit richtet sie sich grundsätzlich an alle Bewohnenden eines Gebietes mit dem Ziel, benachteiligte Stadtviertel zu lebenswerten Quartieren mit Perspektive zu entwickeln.

Die Gebietsvorschläge der Verwaltung haben wir mit einem [Änderungsantrag](#) nochmal erweitert auf sog. Großwohnsiedlungen wie Kölnberg, Finkenberg und Gernsheimer Str., für die wir die Gemeinwesenarbeit auch sichern wollen.

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Ein guter Schritt, Köln noch sozialer zu machen!

## **Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln**



Wir GRÜNEN haben 2017 das Projekt „[Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen](#)“ initiiert mit dem Ziel, den Menschen, die seit vielen Jahren in Köln im Status der Duldung leben, sich aber dauerhaft integrieren wollen, ein Bleibrecht einzuräumen bzw. Perspektiven dafür aufzubauen. Das Projekt wurde [2018](#) durch den Rat beschlossen. Die Verwaltung hat [heute](#)

dem Rat vorgeschlagen, das Projekt zu verstetigen.

Bereits im Integrationsrat haben wir dazu einen [Änderungsantrag](#) gestellt, der über die Verstetigung hinaus auch eine Weiterentwicklung des Konzeptes mit entsprechender Mittelzusetzung im Haushalt beauftragt. Das Projekt ist erfolgreich und strahlt über Köln hinaus.

Ein großer Grüner Erfolg, den wir in der kommenden Ratsperiode ausbauen wollen!

## Initiierung eines 3. Frauenhauses in Köln

Der [Beschlussvorlage zur Initiierung eines 3. Frauenhauses in Köln](#) haben wir GRÜNE sehr gerne zugestimmt. Nun hoffen wir auf ein schnelles Ergebnis der Bedarfsanalyse des Landes NRW.

## Stärkung der Bildungsarbeit im NS-Dokumentationszentrum hier: Gebührenfreiheit für Kölner Schülerinnen und Schüler



Der [Rat hat heute einstimmig beschlossen](#), für Kölner Schulklassen dauerhaft von der Erhebung von Entgelten für Führungen, Kurse und andere pädagogischen Angebote wie Workshops im NS-Dokumentationszentrum abzusehen. Es soll damit ein Anreiz für Kölner Schülerinnen und Schüler geschaffen werden, vermehrt das [EL-DE Haus](#) zu besuchen.

Das [NS Dokumentationszentrum](#) leistet eine unverzichtbare pädagogische Arbeit in der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dessen Gräueltaten in der ehemaligen Zentrale der Kölner Gestapo am Appellhofplatz.

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens eine würdige Anerkennung der wichtigen und großartigen Arbeit des NS Dokumentationsmuseums!

## Aufbau eines stadtweiten Netzes von Mobilstationen

Die [Bündelung verschiedener Mobilitätsangebote](#) an einem Standort ist ein wichtiger Schritt hin zu einer ökologischen Mobilität. Durch die Bündelung von Mobilitätsangeboten, wird der wohn- und arbeitsortnahe Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln erleichtert. Hier können zum Beispiel auch anbieterneutrale Paketstationen integriert werden. Dies führt zu einer zusätzlichen Verkehrsentlastung im Umfeld einer Mobilstation.

Deshalb unterstützen wir diese Verwaltungsvorlage mit dem Ziel, eine flächendeckende Entwicklung von Mobilstationen im Stadtgebiet umzusetzen. Als Betreiberin die Stadtwerke Köln GmbH auszuwählen, macht Sinn.

## [Fortführung Notfallfonds](#) Struktursicherung Livemusikstätten



Auf grüne Initiative hin hat der Wirtschaftsausschuss am 16. Juni 2020 die Fortführung des Notfallfonds zur Struktursicherung der Musikclubs beschlossen. Der vom Rat am 14.05.2020 beschlossene Notfallfonds zur Struktursicherung bei durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten in Köln hat das vorläufige Überleben der Musikclubs gesichert. So wurden bis zum August 592.500 € als Hilfen gegeben. Bis zum Jahresende werden aber die Clubs aufgrund der Pandemie nicht öffnen können. Daher muss die Hilfe für das 4. Quartal 2020 fortgesetzt werden. Vorrangig sollen die Überbrückungshilfen der Bundesregierung genutzt werden. Sofern dies nicht ausreicht, werden weitere 600.000 € aus dem städtischen Haushalt für den Notfallfonds bereitgestellt. Dafür gab nun der Rat grünes Licht. Die vielfältige freie Kölner Musikkulturszene in Köln ist eines der wesentlichen Stärken des Kreativ- und Kulturstandorts Köln. Die Kölner Clubkultur ist bundesweit und international relevant und stärkt auch das städtische Image. Dies rechtfertigt die gezielte städtische Wirtschaftsförderung in der herrschenden Notsituation. Der Notfallfonds dient dem Schutz des in Köln ansässigen Bestandes der besonders förderwürdigen, kleinen und mittleren Livemusikspielstätten und ist nicht auf eine Dauerförderung angelegt.

## Rückkauf des Naturschutzgebiets Sürther Aue



Am 26.09.2019 hat der Rat mit breiter Mehrheit gegen die SPD beschlossen, die Ausbauplanung für den Hafen Godorf auf einem Teil der Sürther Aue endgültig zu beenden. Dieser Ratsbeschluss war ein großer historischer Erfolg, wofür die GRÜNEN und die Bürgerinitiativen über 30 Jahre gekämpft haben. Dadurch kann das 35 ha große Naturschutzgebiet Sürther Aue komplett erhalten und nachhaltig gesichert werden. Der damalige Ratsbeschluss beauftragte die Verwaltung, die Sürther Aue von der HGK AG zurückzukaufen. Der Rat hat nun diesen Rückkauf der Sürther Aue zu den Konditionen, die für geschützte Flächen gelten, beschlossen. Damit war der Kampf um den Erhalt dieses Naturschutzgebiet in vollem Umfang erfolgreich!

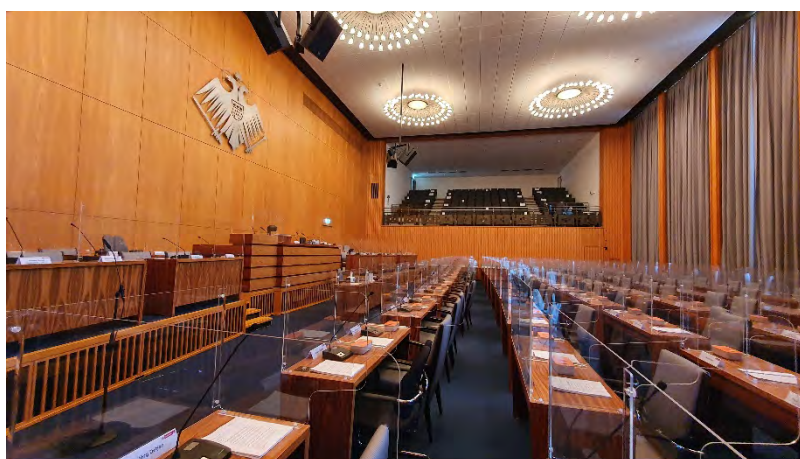
## Grundstück für ein modernes Logistikzentrum der HGK



Der Rat hat ein 17 ha großes Grundstück im Industriepark Köln-Nord mit einer Rückkaufoption an die städtische Häfen- und Güterverkehr AG (HGK) vergeben.

Nun kann die HGK das bereits in zwei Ausbaustufen realisierte Terminal für den kombinierten Ladeverkehr (KLV) mit einem modernen unmittelbar angrenzenden Logistikzentrum ergänzen. Die HGK möchte mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern und damit einen wichtigen Beitrag zu den Klimazielen leisten. Logistikzentrum und KLV-Terminal sind nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch umweltpolitisch von großer Bedeutung. Bei Vollbetrieb werden zukünftig 250.000 LKW-Fahrten pro Jahr, die durch die Stadt und den Autobahnring verlaufen, wegfallen. Während der südwestliche LKW-Transportverkehr über Köln-Eifeltor auf die Schiene umgeladen wird, wird dann der nördliche Verkehr über das Terminal Nord auf die Bahn verladen. Dies wird ein erheblicher Effekt zur Verringerung von Luftschadstoffen und zur Vermeidung von LKW-Verkehr durch die Stadt. Außerdem entstehen so 500 zusätzliche tarifgebundene Arbeitsplätze auch für gering Qualifizierte. Die Zahlung von Gewerbesteuer der HGK an die Stadt wächst. Gute Gründe, warum die GRÜNEN dieses Projekt von Beginn an vorangetrieben haben!

### Die Tagesordnung und alle Vorlagen der Sitzung



**Wie die OB sagte: „Insgesamt 11,5 Tage Ratssitzungen, 2.761 Beschlussvorlagen  
Wahlperiode 2014 bis 2020 geht zu Ende“  
Auch wir sagen DANKE**

#### Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln  
Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555 Mail: [Gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Gruene-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer